Bewohner
Vertretungen
Vernetzen.

Positionspapier:
Mit-Bestimmung für Bewohnenden-Vertretungen in Rheinland-Pfalz stärken

Projekt: Bewohnenden-Vertretung stärken und vernetzen in Rheinland-Pfalz

Stand: Mai 2025

Wer wir sind

Wir sind Vertreterinnen und Vertreter von Menschen mit Behinderungen, die in besonderen Wohnformen in Rheinland-Pfalz leben. Seit September 2023 arbeiten wir gemeinsam im Projekt „Bewohnenden-Vertretung stärken und vernetzen“. Wir treffen uns regelmäßig – digital und persönlich – und wissen:
Es läuft einiges gut.
Aber es gibt auch viel, was sich ändern muss, damit wir wirklich selbstbestimmt wohnen können.

Unsere Ziele

Mit diesem Papier wollen wir:

- Schaffung einer dauerhaften Interessenvertretung als Ansprechpartner für Politik und Verwaltung.
- auf unsere Anliegen aufmerksam machen,
- unsere Forderungen an Politik und Einrichtungsleitungen formulieren,
- erreichen, dass unsere Themen in der neuen Legislaturperiode mitverhandelt werden,
- Gesetzesänderungen mitgestalten, z. B. bei der Novellierung des Landesgesetzes über Wohnformen und Teilhabe (LWTG).

Bewohner
Vertretungen
Vernetzen.

Unsere zentralen Forderungen:

Rechtliche Grundlage für eine landesweite Vertretung

- Wir fordern eine gesetzliche Verankerung einer Finanzierungsstruktur für die Netzwerkarbeit der Bewohnenden-Vertretungen auf Landesebene – äquivalent zu den Werkstatträten.
- Diese LAG soll als gewähltes Sprachrohr aller Bewohnenden-Vertretungen im Land agieren.

Verbindliche Regeln für Einrichtungen

- Einrichtungen sollen klare, überprüfbare Regeln aufstellen, die Mitbestimmung garantieren.
- Es muss kontrolliert werden, ob die Regeln eingehalten werden.
- Es braucht Vertrauenspersonen zur Unterstützung der Bewohnenden-Vertretung
- Auch die Frauenbeauftragten brauchen Unterstützung.
- Auch Männerbeauftragte sollen eingeführt werden.

Mitbestimmung im Alltag - Wir wollen Mit-Entscheiden:

Die Bewohnenden-Vertretung soll mitentscheiden bei:

- Allen Entscheidungen, die Einfluss auf das Leben der Bewohnenden haben,
- Insbesondere bei der Auswahl neuer Mitarbeitender,
- der Aufnahme neuer bzw. Kündigung bestehender Mitbewohner*innen,
- der Gestaltung von Tagesabläufen und Gemeinschaftsräumen.
- Ernährung

Recht auf Information soll eingehalten werden

Die Vertretung muss informiert und angehört werden zu:

- Ein- und Auszüge von Mitbewohner*innen,
- Personalwechsel in Leitungspositionen.

Beteiligungen an Prüfungen

- Die Wohnheime müssen regelmäßig geprüft werden.
- Die Bewohnenden-Vertretung sollen bei diesen Prüfungen beteiligt werden – nicht nur bei Problemen, sondern grundsätzlich.
- Es soll regelmäßige Austauschrunden geben – mindestens einmal im Quartal – zwischen:
    - Der Bewohnenden-Vertretung
    - Der Einrichtung,
    - Den Prüfbehörden.
- Bei problematischen Fällen (z. B. wenn jemand häufig nicht in der Einrichtung schläft) muss die Vertretung einbezogen werden.

Schutz, Rechte und Barrierefreiheit

- Es braucht klaren Schutz vor Gewalt – auch unter Mitbewohner*innen.
- Regeln für respektvolles Zusammenleben (z. B. keine Türen knallen) sollen gemeinsam erarbeitet werden.
- Es braucht:
    - mehr Barrierefreiheit in allen Bereichen,
    - barrierefreien Zugang zu allen Räumen (z. B. durch Aufzüge).

Transparenz und Nachvollziehbarkeit

- Es muss nachvollziehbar sein, warum der Heimplatz wie viel kostet – besonders für Werkstattbeschäftigte mit geringem Lohn.
- Es muss auch nachvollziehbar sein, welche Leistungen im Heim erbracht werden können und welche über einen anderen Leistungserbringer erbracht werden müssen (z. B. Krankenhausassistenz).
- Die Höhe des Essensgeldes muss überprüft und mitbestimmt werden.
- Auch die Höhe des Taschengeldes soll mitbestimmt werden können.
- Es dürfen keine Kosten für Taschengeld-Verwaltung vom Taschengeld abgezogen werden.

Bewohner
Vertretungen
Vernetzen.

Dokumentation und Datenschutz

- Alle Entscheidungen sollen gut dokumentiert werden.
- Die Dokumentation darf nicht so aufwendig sein, dass keine Zeit mehr für uns bleibt.
- Datenschutzregeln müssen von Einrichtungsleitungen eingehalten werden. Es muss klar sein, wer welche Informationen sehen darf.

Recht auf Teilhabe und Lebensqualität

Wir fordern:

- Mehr Rechte auf Erholung im Urlaub, Freizeit, Sport, Spiel, Allgemein- und Weiterbildung.
- Bessere Entlohnung für Arbeit in Werkstätten.
- Besseres Internet in den Einrichtungen.
- HD-fähige Fernseher als Standard.

Unser Fazit

Wir wollen:

- mehr Mitbestimmung, mehr Transparenz, mehr Rechte.
- eine starke Stimme auf Landesebene, die verbindlich gehört wird.
- Austausch auf Augenhöhe mit Politik, Einrichtungsleitungen und Aufsicht.
- Unsere Wünsche und Anliegen müssen ernst genommen werden.
  Die Einrichtungen müssen Stellung dazu beziehen – schriftlich und verbindlich.
- Die Bewohnenden-Vertretung soll ähnliche Rechte wie Werkstatträte erhalten, zum Beispiel bei:
  - Informationsrechten,
  - Beteiligung an Entscheidungen,
  - Schulungen und Unterstützung.